

Olympiastadion und Olympiapark München – bürgerschaftliche Denkmalpflege

Es ist vielleicht nicht das eigentliche Thema für einen, wenn auch pensionierten, aber doch staatlichen, beamteten Denkmalpfleger über „bürgerschaftliche Denkmalpflege“ zu berichten, das klingt so etwas nach Konkurrenz, vielleicht auch nach Ungenügen der „staatlichen“. Wenn ich mich trotzdem dieser Aufgabe unterzogen habe, so zum einen, weil ich mich mit dem Olympiagelände in München seit einem halben Leben verbunden fühle und weil ich auch der Überzeugung bin, dass Denkmalpflege, in der modernen, umfassenden, gesellschaftlich wirksamen Bedeutung nicht Sache weniger Spezialisten ist, sondern stets „bürgerschaftlich“ sein muss, von der „staatliche“ Denkmalpflege nur ein Teil sein mag. Welche Rolle sie im Ringen um Position und Argumente bezüglich des Olympiageländes in München gespielt hat, soll hier allerdings beleuchtet werden.

Dieses Ringen ist einige Jahre lang zumindest in den deutschen Medien fast bis zum Überdruß und kontrovers behandelt worden, die Frage nämlich, in welchem Stadion künftig in München Fußball gespielt werden wird. Für alle Unkundigen zur Erinnerung: Der FC Bayern, in München beheimatet, ist zwölf Mal alleine im Olympiastadion Deutscher Meister geworden, so häufig wie kein anderer Verein und hat auch zahlreiche internationale Kompetitionen gewonnen. Zumindest in Europa sind der FC Bayern und das Oktoberfest zu Synonymen für München geworden. Neben dem FC Bayern gibt es noch die Fußballmannschaft des Sportvereins München 1860, die so genannten Löwen, zwar nicht so von Fortuna verwöhnt, aber mit vielen „echten“ Münchnern als glühende Anhänger und zur Zeit auch in der Ersten Bundesliga spielend, und zwar seit 1972 im Münchner Olympiastadion. Deutschland hat sich außerdem erfolgreich um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 beworben und München möchte – wenn schon nicht das Endspiel, das jetzt der Hauptstadt Berlin gebührt – zumindest das Eröffnungsspiel beherbergen. Fußball also, mit der ganzen gesellschaftlich wirksamen Popularität und dem wirtschaftlichen Gewicht der Vereine, aber auch mit dem Image, das die Stadt zumindest mit ihren siegreichen Vereinen gewinnt, ist einer der Pole in diesem Konflikt.

Der zweite Pol ist das Münchner Olympiastadion, welches in dem für die Olympischen Sommerspiele von 1972 gewissermaßen aus dem Nichts geschaffenen Olympiapark eingebettet ist. Diese künstliche Landschaft mit den naturhaften Formen, dessen große Sportstätten – das Schwimmstadion, die Olympiahalle und eben das Olympiastadion – durch die weltweit bekannt und ebenfalls zum Markenzeichen Münchens gewordenen zeltartige Überdeckung zusammengefasst wird. „Münchens bedeutendsten Beitrag zur Weltarchitektur des 20. Jahrhunderts“ hat Michael Petzet diesen Olympiapark genannt, dessen ausführliche Würdigung ja vor mir Prof. Wolfgang Burkhardt unternommen hat und ich deshalb meine Begeisterung zügle. Vermeintlich alle Menschen fanden den Olympiapark, die Sportbauten, die Zeltarchitektur bewundernswert in ihrer Kühnheit, großartig in ihrer Wirkung, alle, bis auf eine, in unserem Zusammenhang wichtige Gruppe, nämlich die der Fußballer. Es war 1987, als ich mit Michael Petzet als Fachberater an der Ent-

scheidung zum Wettbewerb für die Erweiterung von Otto Ernst Schweizer Nürnberg Stadion von 1926 teilnahm und im Gespräch nebenbei und mit großer Naivität meine Begeisterung für die Olympiasportstätten in München äußerte. Das Urteil unserer Gesprächspartner, Stadionspezialisten und Fußballfachverständige des Deutschen Fußballverbands war vernichtend: Zugig sei das Olympiastadion, die Zuschauer, insbesondere die wichtigen Fans, seien in den Kurven viel zu weit vom Spielfeld entfernt, die Anlage sei viel zu offen; was man im Fußball brauche, sei ein geschlossener „Dampfkochtopf“. Im Ausland: in Paris, in Barcelona, in Amsterdam, seien solche reinen Fußballstadien bereits erbaut worden, das sei die Zukunft auch in Deutschland.

Der Konflikt, der in den letzten drei Jahren in München so erbittert ausgetragen worden ist – vielleicht ist er jetzt gelöst – hat also eine lange Vorgeschichte, eine lange Entwicklungsphase, dessen Gegenpositionen hier der Fußball mit seiner Bedeutung und seinen Wünschen, dort das Olympiagelände mit seinen Qualitäten und seinen Erinnerungen sind.

Und die Denkmalpflege? Ich meine die staatliche, das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege? Wir haben uns lange Zeit nicht dazu durchringen können, die Sportstätten oder den ganzen Olympiapark als Denkmal im Sinne unseres Denkmalschutzgesetzes festzustellen. Zwar wurde die architektonische Qualität und Einmaligkeit der Anlage konstatiert, nicht jedoch ihre Entstehung in „vergangener Zeit“, d. h. die Verankerung der geschichtlichen Bedeutung, wie es der Art. 1 Denkmalschutzgesetz zwingend vorschreibt.

Etwa seit 1995 traten die Vereine, hier insbesondere der FC Bayern und sein Präsident Franz Beckenbauer mit zunächst eher verhaltenen Äußerungen an die Öffentlichkeit. Das Olympiastadion sei veraltet, entspreche nicht mehr den Wünschen und Anforderungen der Vereine und überhaupt sei das Stadion zu klein. Die Erinnerung an die Jury-Sitzung in Nürnberg stellte sich bei mir sofort wieder ein: Hier wird das moderne, reine Fußballstadion reklamiert, der „Dampfkessel“.

Die Vorstöße des FC Bayern in Richtung Neubau wurden von der Olympiapark-Gesellschaft, d. h. letztlich von der Stadt, mit großer Sorge aufgenommen und abgewiesen durch das Versprechen eines entsprechenden Umbaus des Olympiastadions. Nachdem das Urheberrecht der Architekten, des Büros Behnisch & Partner – verkürzt ausgedrückt von Günther Behnisch – nicht erloschen ist, wandte man sich bald an ihn, um Planungsgrundlagen erarbeiten zu lassen. Entscheidend ist aber, dass, bevor die Frage des Denkmalschutzes Bedeutung erlangte, die wichtigsten, konträren Standpunkte formuliert waren, nämlich hier die Fußballvereine, die ein neues, reines Fußballstadion verlangten und dort die Stadt, die mit dem Verlust der Fußballspiele erhebliche finanzielle Einbußen befürchtete und sich deshalb für den Umbau des Olympiastadions stark machte.

Fragen zur Denkmalwürdigkeit kamen von ganz anderer Seite: Das olympische Dorf, insbesondere das ehemalige Männerdorf, ist durchzogen von überaus aufwendig gestalteten Fußgängerstraßen, die gewissermaßen auf der Höhe des zweiten

Obergeschosses liegen, darunter sind Fahrstraßen, Garagenstellplätze und Kellerersatzräume. Diese Fußgängerwege und Straßen sind nicht Öffentlichem gewidmet, sondern Teil des Wohnungseigentums. Bauunterhalt und Verkehrssicherheit, d. h. Bedeutung, Schneeräumung und so weiter und so fort werden von der Olympia-Dorf-Betrieb-Beteiligungsgesellschaft gewährleistet, die Kosten werden nach einem bestimmten Schlüssel auf die Eigentümer umgelegt. Nun sind diese Fußgängerzonen 1970–71 aus Kostengründen, sagen wir mal etwas großzügig gebaut worden, die Reparatur der Schäden, die wegen unzureichender Abdichtung und fehlender Wärmedämmung entstanden sind, soll etwa 50 Mio. DM kosten. Die Stadt wäre bereit, jetzt eine Umwidmung der Wege durchzuführen, allerdings erst, wenn die Schäden behoben sind. In dieser Situation haben im Juli 1997 kundige Bewohner des Dorfes den Denkmalschutz ins Gespräch gebracht, in der Hoffnung auf Zuschüsse, insbesondere aber wegen der dann möglichen steuerlichen Erleichterungen. Dies ist eine durchaus „bürgerschaftliche“ Denkweise, die in anderen Ländern, hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, entscheidend nicht nur für die Denkmalpflege, sondern für große Teile des Kulturbetriebes ist. Man ist bereit, in die eigene Tasche zu greifen für die Kultur, erwartet vom Staat aber besondere steuerliche Vergünstigungen.

Der Stein war damit ins Wasser geworfen, das Landesamt für Denkmalpflege musste sich konkret mit der Denkmalwürdigkeit des Olympiageländes beschäftigen, ältere Texte wurden aktualisiert und versucht, die Geschichtlichkeit, die „vergangene Zeit“ für die Anlage zu formulieren. Es war schließlich der ungeheure Schwung, auch der in den späten 1960er Jahren immer noch lebendige Fortschrittsglaube, die Überzeugung, durch eine solche offene, die neugewonnene Demokratie symbolisierende Architektur die Schatten der Vergangenheit verdrängen zu können, letztlich auch das, was im Oktober 1997 vom Publizisten Gerhard Merzig in der Süddeutschen Zeitung „ein ästhetisches, technisches und sogar unternehmerisches Wunderwerk“ genannt wurde; die Absicht, also insbesondere mit den Zeltdächern ein Risiko einzugehen in einem Maße, wie es heute undenkbar wäre. Diese ganzen Argumente waren für das Landesamt für Denkmalpflege dann doch Anlass, festzustellen, der Bau des Olympiaparks sei Ausdruck einer „vergangenen Zeit“, mit den architektonischen und städtebaulichen Qualitäten zusammen somit denkmalwürdig.

Die Diskussion im Olympischen Dorf zur Frage der möglichen Denkmalwürdigkeit der Anlage ist von der Presse aufgenommen worden, bevor sich das Landesamt offiziell äußern konnte und sofort auch auf die Frage transponiert worden, ob jetzt mit dem Denkmalschutz der von der Stadt gewünschte Umbau des Olympiastadions noch möglich sei. Während die Fußballvereine weiterhin auf dem Neubau beharrten, gab es die ersten kritischen Kommentare in Presse und Rundfunk zu einem drohenden Umbau des Olympiastadions, ohne dass erste konkrete Planungen vorgelegen hätten. Im September 1997 hat der Bayerische Landesdenkmalrat, welcher die Bayerische Staatsregierung in Fragen des Denkmalschutzes berät, mit überwältigender Mehrheit den Vorschlag des Landesamts für Denkmalpflege bestätigt, das gesamte Gelände des Olympiaparks einschließlich der nördlich gelegenen Hochschulsportanlage und des Olympischen Dorfes als Ensemble festzulegen und darüber hinaus den so genannten Olympiaturm sowie die mit dem bekannten Zeltdach verbundenen Sportstätten des Schwimmstadions, der Olympiahalle und des Olympiastadions als Baudenkmäler festzulegen. Eine entsprechende Nachricht hat die Stadt im No-

vember 1997 erhalten, nachdem führende Vertreter der Stadtverwaltung wohlwollende Zustimmung signalisiert hatten.

Inzwischen hatte das Büro Behnisch & Partner eine erste Planungsstudie erstellt. Mit ihrer Veröffentlichung mit Modellfotos in der Presse wurde vom Präsidium des FC Bayern ein Umdenken signalisiert, man sei doch noch bereit, über einen Stadionumbau zu verhandeln. Die Behnisch-Studie war – vermutlich auch für die Wenigen, die die Pläne gesehen haben – verschwommen genug. Letztlich war nur die Absicht erkennbar, an der Ostseite des Stadions eine neue, hohe und überdachte Tribüne zu errichten und das Spielfeld abzusenken. Damit schienen wesentliche Charakteristika des alten Stadions beseitigt zu sein, die Leichtathletikbahn und die asymmetrisch nach Osten gekippte Form der Schüssel, damit die Öffnung des Runds nach Osten, die Verbindung zum zentralen Coubertin-Platz, die Sichtachsen zum Schuttberg unterbrochen und eine Einheit mit der Gesamtanlage erheblich beeinträchtigt, wenn nicht zerstört. Eine Flut von Kommentaren, Appellen und offenen Briefen folgte, namhafte Publizisten, 32 Professoren der Architekturfakultäten von drei Münchner Hochschulen, der Stadtheimatpfleger, die Bayerische Architektenkammer, der ursprüngliche Konstrukteur des Zeltdaches Frei Otto, der Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, welcher entscheidend für die Olympischen Spiele in München 1972 geworben hatte, sie alle plädierten gegen den Umbau, zumindest in der damals bekannt gewordenen Form. Günther Behnisch selbst war in typischer Weise sibyllinisch:

„Sagen wir mal so: Das Olympiastadion ist nicht mein Stadion. Aber eines sollte man den Münchnern ganz klar sagen: Ihr macht Euer Denkmal kaputt, zumindest wird es durch den Umbau ganz schön demoliert... Es wird verändert, ganz schön angekratzt. Zum Einen baulich. Aber auch durch die Nutzung: Meine Idee war die eines Volksstadions – locker, offen, fröhlich. Was kommt ist ein Dreiklassen-Stadion – die Einen in der Kurve und auf der Tribüne, einige wenige in geheizten VIP-Logen“. Und dann kommt die Aussage, die für viele demaskierend wirkte: „Wenn Ihr das wirklich wollt, dann Sorge ich dafür, dass es gut wird.“ Behnisch erntete damit den Kommentar von Peter M. Bode „Der wankelmütige Olympiaarchitekt“.

Auch das Landesamt wurde angegriffen, weil es schwieg, sich nicht dem Chor der Kritiker anschloss. Nun ist ein Landesamt an relativ strenge Regelungen gebunden, wann und wie es sich zu äußern hat. Sich ohne konkrete Planung kritisch ablehnend zu äußern, bringt Gefahr, sich den Vorwurf einzuhandeln, der unseriösen Spekulation und später womöglich weniger Handlungsspielraum zu haben. Michael Petzet, damals noch Generalkonservator beim Landesamt, hat den Weg eines persönlichen, sehr ernstesten Briefes an Oberbürgermeister Ude gewählt, in dem er Verständnis für die Sorgen der Stadt äußerte, das Olympiastadion würde ohne Fußball zu einer ungenutzten Denkmaluine verkommen – dies sei auch nicht im Interesse der Denkmalpflege – andererseits an die Verantwortung der Stadt gegenüber diesem einmaligen Denkmal erinnerte und dann darum bat, das Landesamt mit konkreten Planungen zu beteiligen. Eine Antwort auf dieses Schreiben erfolgte nicht.

Es würde zu weit führen, Ihnen die vielen Schritte – einmal vor und dann wieder zurück – zu schildern, die in den nächsten zwei Jahren folgten. Auf konkreten Beschluss der Stadt steht Ende 1998 die Entscheidung zu einer „Kleinen Lösung“ nur mit einer Teilüberdachung der Osttribüne und Kosten von 140 Mio. DM, um sich an der Bewerbung zur Weltmeisterschaft beteiligen zu können, während ein großer Umbau von weiter konkretisierten Planungen abhängig gemacht wurde. Diese folgten

durch das Büro Behnisch & Partner in Form der so genannten „Ring-/ – Westrang-/ – Schlüssellösung“, welche das erste Mal ja auch dem Landesamt für Denkmalpflege zur Begutachtung vorgelegt wurde. Alle drei Lösungen gingen von erheblichen Veränderungen im Inneren des Stadions aus, die Wirkung nach außen sei jedoch differenziert zu werten, so das Landesamt an das vorgesetzte Bayerische Staatsministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst und gleichlautend der Stadt München. Gemeinsam für alle Lösungen sei die Vertiefung des Spielfeldes und die Beseitigung der Aschenbahn, womit Leichtathletik nicht mehr möglich sei. Problematisch sei auch die neue Dachkonstruktion, die eine völlig andere, strenge Ringstruktur einführt, die nicht mit dem Zeltdach harmonisiert und auch viel zu nah an es heranreicht; allenfalls könne man sich eine Weiterentwicklung der Schlüssellösung wegen ihrer vergleichsweise harmonischeren Einfügung in das Gesamtensemble vorstellen. Fußballvereine und Stadt sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass mit diesem Umbau ein Fußballstadion im modernen Sinne, ein „Dampfkochtopf“ nicht gewonnen sei. Auch andere Institutionen, so der Stadtheimatpfleger oder die beratende Stadtgestaltungskommission äußerten sich in ähnlicher Weise. Die Vereine, die Stadt und die Staatsregierung, die mit dem Ministerpräsidenten Stoiber die Leitung der Verhandlungen übernommen hatte, plädierten für die Ringlösung, welche mit wenigen, nicht entscheidenden Änderungen schließlich als „Konsens-Lösung“ getauft vom Stadtrat im Oktober 2000 befürwortet wurde. Dies, obgleich von allen Seiten Kritik und Appelle formuliert worden waren, alle diese Lösungen insgesamt unberücksichtigt zu lassen. Von der Deutschen Architektenkammer etwa, vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz und natürlich auch von ICOMOS im Rahmen des Weltreports 2000.

Während die kritischen und ablehnenden Äußerungen dieser vielen Persönlichkeiten und Institutionen, einschließlich des Landesamts für Denkmalpflege, des Stadtheimatpflegers und selbst des Münchner Stadtplanungsreferats ungehört verhallten und die Finanzierung des Umbaus gesichert schien, kam die entscheidende, nochmalige Wende durch ein „bürgerschaftliches“ Instrument der Bayerischen Verfassung, nämlich den Bürgerentscheid. Von Alt-Oberbürgermeister Vogel ins Gespräch gebracht, durch das „Münchner Forum“ gefordert, kam es im Juli 2000 zur Gründung einer Bürgerinitiative mit dem Ziel, durch Bürgerentscheid den zerstörerischen Stadionumbau zu verhindern. Vorsitzender war ein junger Physiker, Dr. Christian Felix, entscheidende Mitstreiter der Denkmalpfleger Professor Norbert Huse und der Architekt Prof. Uwe Kiessler. Um einen solchen Entscheid zu ermöglichen, ist die Vorlage einer festgelegten Zahl von Unterschriften von Bürgern aus dem Gemeindegebiet notwendig; dies wären für München 27.000 Unterschriften gewesen, die Bürgerinitiative konnte termingerecht im November 2000 32.000 Unterschriften vorlegen. Damit war alles, was Stadt, Vereine und Staatsregierung vermeintlich endgültig festgelegt hatten, ad absurdum geführt worden. Die Katastrophe für die Befürworter des Umbaus wird vollständig, als auf Einladung von Oberbürgermeister Ude zu einem Hearing am 7. Dezember 2000 die Vertreter der Fußballvereine unter fadenscheinigen Erklärungen nicht erscheinen und darüber hinaus Manfred Sabatke, Partner im Büro Behnisch zusammen mit Prof. Auer die letzte „Konsens-Lösung“ als falschen Weg, als Zerstörung des Olympiastadions apostrophierte, hinter der das Büro nicht mehr stehen könne. Fritz Auer formulierte es so: „Wir würden Ihnen empfehlen, als Stadt standhaft zu bleiben und diesem Kommerzdruck nicht nachzugeben.“ Der Kommentar von Oberbürgermeister Ude dazu: „Die Kon-

sens-Lösung ist von den eigenen Vätern, den Architekten, auf hell erleuchteter Bühne gemeuchelt worden.“

Sehr schnell hat sich der Stadtrat auf die neue Situation eingestellt und die Forderungen des Bürgerbegehrens als Beschluss übernommen, auf das eigentliche Bürgerbegehren hat die Bürgerinitiative aus diesem Grunde auch verzichtet. Dies bedeutet, dass grundsätzlich Architektur und Charakter des Olympiastadions erhalten werden müssen, mit der Möglichkeit von Leichtathletikveranstaltungen und so, dass die Offenheit und die Verbindung zum Olympiapark erhalten bleiben. Veränderungen im Inneren sind durchaus möglich, auch eine Teilüberdachung der Osttribüne, nicht jedoch ihre Erhöhung. Als besserer Ausweg wird von der Bürgerinitiative ein Neubau betrachtet, mögliche Standorte müssten noch untersucht werden. Mit dieser letzten Aussage wurden die – trotz „Konsens-Lösung“ – niemals verstummten Wünsche der Fußballfans in den Vereinen wieder aufgegriffen.

Die Untersuchung ist nach einigen weiteren Hin und Her beauftragt und vom Büro Albert Speer auch ausgeführt worden. Sie ist (noch nicht?) veröffentlicht, bevorzugt aber eindeutig den Standort Fröttmaning, eine Brache zwischen Autobahn, U-Bahn-Werkstatt und Großparkhäusern an der nördlichen Grenze Münchens. Für das Olympiastadion hat Oberbürgermeister Ude eine Überlegungsphase angeordnet für künftige, auch lukrative Nutzungen.

Alle Freunde des Münchner Olympiaparks und des Olympischen Stadions können erleichtert aufatmen, die großartige, beschwingte und offene, dabei technisch waghalsige Architektur wird voraussichtlich erhalten werden, das Ringen der letzten drei Jahre mag auch eine gewisse Zeit abschrecken, neue Angriffe zu starten. Zu verdanken ist diese Entwicklung einer beispiellosen und gleichzeitig beispielhaften Einmischung unterschiedlichster Bürger, zunächst von fachlich vorgebildeten Publizistinnen und Publizisten, Frau Schmidt-Grohe, Frau Mazzoni, Peter M. Bode, Gerhard Marzig und vor allem Gottfried Knapp, der deshalb auch vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz mit dem Schinkel-Ring geehrt wird. Zu nennen sind Fachleute, wie Norbert Huse und Uwe Kiessler und eine große Schar weiterer Architekten und Ingenieure wie etwa Frei Otto oder Fritz Auer, der öffentlich mit seinem Partner Behnisch gerungen hat; dann eine ganze Reihe von Institutionen und last but not least der Alt-Oberbürgermeister Vogel. Und ist es ein Erfolg der Bürgerinitiative mit Dr. Felix an der Spitze und den 32.000 Münchner Bürgerinnen und Bürgern, die für einen Bürgerentscheid und gegen die zerstörerischen Eingriffe in das Stadion ihre Unterschrift geleistet haben. Es sollten aber diejenigen Fußballbegeisterten nicht vergessen werden, die von Anfang an gegen einen Umbau waren, weil sie ein neues, reines Fußballstadion wollten und am „Denkmal“ Stadion weniger interessiert waren; sie mögen auch die Reihen der 27.000 aufgefüllt haben.

Die staatliche Denkmalpflege, das Landesamt für Denkmalpflege also und der städtische Denkmalschutz wären – alleine auf sich gestellt und ohne dieses bürgerschaftliche Engagement – beim Olympiastadion wohl rettungslos untergegangen. Das Landesamt für Denkmalpflege hat versucht, auf einen Kompromiss hinarbeiten, der aber von Verein und der Stadt als viel zu harmlos abgelehnt wurde auf der Tatsache, dass sie den Denkmalcharakter, die überragende Denkmaleigenschaft des Olympiaparks festgestellt und dadurch den Gegnern des Umbaus entscheidende Argumente geliefert hat. Tatsächlich weisen alle Kommentare und Appelle auf die Denkmaleigenschaft hin. So hat die staatliche Denkmalpflege bei diesem großen Sieg der bürgerschaftlichen Denkmalpflege gewissermaßen als Katalysator gewirkt, sicher nicht die schlechteste Funktion.